

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

27.10.1923 (No. 296)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verredakteur: Hermann v. Kaer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Postamt: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Böbe; für Inserate: Heinrich Grieser, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: C. B. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard K. A. L., Berlin-Sanktmitz, Rosenthalstr. 37. Telefon-Zentrum 423. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Samstag, den 27. Oktober 1923

Nr. 296

Das Schicksal der Pfalz.

Allmählich kommt einiges Licht in das Dunkel, das über der Vorgeschichte der Ereignisse in Speyer am letzten Mittwoch liegt. Die Pfälzer Sozialdemokraten geben nun zu, daß sie über ihre Pläne mit den Franzosen verhandelt haben. Wenn diese Verhandlungen begonnen haben, ist uns unbekannt, aber man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die hochvertraulichen Verhandlungen schon lange schwebend sind. Seit jetzt also ist, daß die Pfälzer Sozialdemokratie mit französischen Stellen eigenmächtig und ohne Kenntnis und Einverständnis einer deutschen Regierungsstelle über eine politische Umgestaltung der Pfalz verhandelt haben. Darin liegt der Verrat. Die Pfälzer Sozialdemokraten müssen wissen, daß der Versuch, die Pfalz von Bayern zu lösen, das selbe ist, wie der Versuch, das Rheinland von Preußen zu lösen, den der Separatistenführer Dorten als Ziel bezeichnet. Sie mühten sich, daß Dortens Umtriebe als Hochverrat gelten, da gibt es kein Deuteln. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß eines Tages das Rheinland in ein anderes Verhältnis zu Preußen treten kann und ebenso die Pfalz zu München, aber darüber besteht kein Zweifel, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen jede Umwidmung sehr gefährlich ist, und daß, wenn sie vorgenommen werden soll, dann nur in Verhandlungen, die in aller Deffektivität geführt werden und nicht in Geheimnissen mit Franzosen. Es scheint, als ob Herzog und Streberum einige Leute den Verhandlungen in den Arm geführt haben. Die Verhandlung ist im besetzten Gebiet nicht so nahe. Derartige Fälle sind im Rheinland zahlreich. Man kann sich sehr wohl denken, daß ein ehemaliger Ministerpräsident, wie der Sozialdemokrat Hoffmann, sich nur ungern in den Alltag des kleinstädtischen Lebens fügt, und besonders dann nicht, wenn in ihm eine mächtige Wut auf seine Nachfolger steckt. Für Menschen mit solchen Sprüngen ist das besetzte Gebiet ein gefährlicher Boden. Und kommt dann noch eine Ueberschätzung der eigenen Popularität hinzu, dann findet der Versucher leicht einen Zugang. Herr Hoffmann wird heute etwas erkannt sein, daß man seine gute Absichten, — gut nach seiner Meinung — so sehr verkennt. Das ist ja immer so. Die Andern sind stets die Schuldigen. Wir hoffen, daß die Sozialdemokratie keine Rücksichten nimmt, und Herrn Hoffmann das sagt, was ihm gesagt werden muß.

Die neuen Verhandlungen an Rhein und Ruhr.

Der Reichskanzler hat in seiner großen politischen Rede, die er nach Abschluß der Hagener Verhandlungen gehalten hat, eine Schilderung der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage gegeben, darüber hinaus aber die Maßlichkeiten der Lösung der großen schwebenden Probleme nur stimmungsmäßig angedeutet. Wie die baderische Frage geklärt werden soll, hat der Kanzler nicht sagen können, und man muß annehmen, daß die Beratungen der maßgebenden Stellen im Augenblick noch nicht über den Punkt hinaus gelangt sind, die persönlichen Fragen möglichst schwebend zu behandeln und die in der Erklärung des Ministerpräsidenten der Länder erörterten verfassungsrechtlichen Fragen möglichst zu vermeiden. Die Regelung der staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen, die nach der Besetzung des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr entstanden sind, ist bei den Beratungen in Hagener auch nicht über die schwebende Erklärung des Reichskanzlers hinaus gelangt. Das Problem der Ueberwindung der umfassensten Arbeitslosigkeit soll in den Verhandlungen geklärt werden, die ohne direkte Teilnahme der deutschen Regierung auszuhandeln sind zwischen den Vertretern der Besatzungsbehörden und Vertretern des Rhein- und Ruhrgebietes stattfinden.

In weitest die Hoffnung des Kanzlers besteht ist, daß diese Verhandlungen noch in letzter Stunde zu einer Lösung führen, ist im Verlaufe der bisherigen Besprechungen noch nicht zu erkennen. Man hat in diesen politischen Kreisen den Eindruck, daß der Zeitpunkt der Lösung dieser Fragen in dem engeren Rahmen von Rhein und Ruhr bereits vorüber ist, und daß höchstens aus der inzwischen wieder angenommenen internationalen Erörterung über

das deutsche Problem noch eine Lösung erwartet werden kann.

In dieser internationalen Erörterung scheint die deutsche Regierung vorläufig nur durch die Note an die Reparationskommission beteiligt zu sein, über deren Beantwortung man sich hier höchstens der Hoffnung hingibt, daß eine Darlegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands gestattet wird. Infolge der Unklarheit all dieser außenpolitischen Probleme wird sich der Kanzler wahrscheinlich nicht vor der für die übernächste Woche anberaumten Verhandlung des Reichstags über die allgemeine Lage äußern können.

Der Verrat der Pfälzer Sozialisten.

Der Rückzug.
Endwagshafen, 26. Okt. (Drahtber.) Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz hat folgende Erklärung beschlossen:
Der Verfassungsbuch der bayerischen Regierung hat in den freiburgischen Kreisen der Pfalz die größte Empörung ausgelöst. Alle unsere Warnungen wurden zuletzt noch von der Regierung Annullierung in den Wind geschlagen. Zugleich kamen aus allen Teilen des besetzten Gebietes alarmierende Nachrichten über die letzten Zurechtweisungen der Sonderbündler. Als Protest gegen den bayerischen Verfassungsbuch und zum Schutze gegen die drohende Separatistengefahr kam die Leitung der Pfälzischen Sozialdemokratischen Partei zu dem Entschluß, aus der Pfalz einen selbständigen Staat im Verbände des deutschen Reiches zu bilden. Diesen Standpunkt haben die Delegierten der Pfälzischen Sozialdemokraten in seinem Stadium der Verhandlungen verlassen. Nachdem die Absichten der Sozialdemokratischen Partei in verschiedenen Kreisen der Pfalz erheblichen Widerstand gefunden haben und nachdem die Reichsregierung eine Abtrennung der Pfalz von Bayern unter Verbleiben des Landes im Reichsverbände nicht anerkennt, für die Sozialdemokratische Partei der Pfalz aber grundsätzlich keine

Abtrennung der Pfalz von Bayern außerhalb des Reiches in Frage kommt, sehen wir von der Durchführung unseres Vorhabens ab. Wir wollten durch unsere Aktion die durch die Separatisten drohende Gefahr der Abtrennung der Pfalz vom Reich verhindern.

Nachdem man unsere Absichten verkannt und ihnen unläutere Motive unterzogen hat, müssen wir die Verantwortung für die kommenden Geschehnisse den anderen Parteien überlassen.

In der Erklärung wird gesagt, in keinem Stadium der Verhandlungen sei der Standpunkt verlassen worden, daß eine Trennung vom Reich nicht in Frage komme. Mit wem wurde verhandelt? Doch nur mit den Franzosen. Hat eine deutsche Reichsregierung davon gewußt? Nein! Also da liegt der Verrat.

Großbritannien gegen die Zerstückelung Deutschlands.

London, 26. Okt. (Eig. Drahtber.) Eine Rede, die Baldwin gestern gehalten hat, findet fast durchweg die Billigung der englischen Presse. Ganz besonders aber finden die Teile seiner Ausführungen, die sich gegen die Zerstückelung Deutschlands richten, in allen Kreisen lebhaften Widerhall. Es wird darauf hingewiesen, daß die Rede Frankreich deutlich an sein Versprechen erinnert, nach Aufgabe des passiven Widerstandes in Verhandlungen zu willigen. Baldwin beschäufte sich in seiner Rede ausführlich mit dem englisch-amerikanischen Notenwechsel. In politischen Kreisen verläutet, daß auf diesen Notenwechsel noch zurückgegriffen werden soll, und man will wissen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Standpunkt, der in der veröffentlichten Note gekennzeichnet wird, heute im verstärkten Maße teilt.

Baldwin ist gestern in London eingetroffen, um seiner Regierung über die neue deutsche Reparationsnote zu berichten.

Die Kanzlerrede in Hagen.

Als Ergänzung der gestrigen Meldung über die Rede des Reichskanzlers wird noch folgendes berichtet:

Reichskanzler Dr. Stresemann wurde mit stürmischem Beifall begrüßt. Er führte aus: Der Kampf an Rhein und Ruhr habe wohl jetzt den Höhepunkt erreicht. Wenn die Franzosen und Belgier nicht hinter den Separatisten ständen, würde die Bevölkerung diesem Karneval schon in 24 Stunden ein Ende gemacht haben. Die Hilfe der Franzosen und Belgier sei ein Wortbruch gegenüber den in internationalen Verträgen festgelegten feierlichen Versprechungen.

Der Reichskanzler sprach allen denen, die unter Einfluß von Gut und Bösen den ungleichen Kampf führten, heißen Dank aus. Leider sei die Not an Rhein und Ruhr nicht die einzige. Es drohe das Gepein der Erwerbslosigkeit, der Teuerung und des Währungsverfalles. Die Schuld an diesem ganzen Unheil falle einzig und allein Frankreich zur Last, und die Mittel, die Frankreich gegen Deutschland anwende, seien gegen Gesetz, Vertrag und Recht. Als der passive Widerstand aufgehoben werden mußte, sei dies nicht geschehen, um die Gunst von Paris zu gewinnen, sondern weil sich Deutschland daran verblutet hätte, und weil es notwendig sei, klare Verhältnisse in der internationalen Politik zu schaffen. Diese Klarheit sei jetzt geschaffen. Poincaré habe wiederholt erklärt, nur der passive Widerstand verhinere ihn, mit Deutschland zu verhandeln. Jetzt behaupte er, der Widerstand dauere noch an, weil die Reichsregierung die selbstverständliche Pflicht der Unterkümmungszahlungen bis zum 30. Oktober verweigere. Wenn er jetzt die Wiederherstellung der Zustände vor dem 11. Januar verlange, so müsse man doch fragen, ob es damals eine französische oder eine deutsche Verwallung an Ruhr und Rhein gegeben habe. Er, der Reichskanzler, wiederholte:

Unser ist das Land! Unser ist der Boden! Unser ist der Besitz der Eisenbahnen! Niemals werden wir durch eine Unterdrückung den letzten Zustand zu einem legalen machen.

Sei denn überhaupt noch etwas von der deutschen Souveränität übrig seit dem französischen Vorschlag, daß sich die Regie an Stelle der deutschen Reichsbahn substituieren solle. Dieser Vorschlag sei zur bedingungslosen Annahme unterbreitet worden. Die deutsche Regierung habe keine 24 Stunden zu seiner Ablehnung gebraucht. Einmal müßte die Zeit vorüber sein, wo man glaubt, daß man mit Deutschland nur auf dem Wege des Diktats werde sprechen können. (Stürmischer Beifall.)

Die Reichsregierung habe die wirtschaftlichen Vertreter ermächtigt, mit den Franzosen zu verhandeln und habe sich zu weitgehenden finanziellen Opfern bereit erklärt. Die Verhandlungen hätten bisher kein Ergebnis gehabt, aber bis zum letzten Augenblick wolle er hoffen, daß sie doch noch zu einem Abschluß führen, sonst würden die Folgen Hunger und Chaos sein und binnen kurzem

550 000 Bergarbeiter mit ihren Familien ohne Brot

sein. Deutschland stehe am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft. Auf Frankreich falle die Verantwortung für das kurzfristige Elend.

Die deutsche Regierung habe sich an die karitativen Verbände der ganzen Welt gewandt, damit diese bei der bevorstehenden Hungersnot in den besetzten Gebieten eintriften.

Deutschland habe vielleicht schon mehr an Reparationen geleistet, als es mit Rücksicht auf das deutsche Volk hätte tun dürfen. Trotzdem sei die deutsche Regierung

an weiteren Opfern für die Freiheit der deutschen Erde bereit.

Bei der Wahl zwischen Freiheit und Besitz werde ein freilebendes Volk sich immer für die Freiheit entscheiden, aber solange Rhein und Ruhr von Deutschland abgeschnitten seien, könne dies keine Leistungen schwer erfüllen. Deutschland werde keine weiteren Leistungen ausführen, weil die Belegung des Ruhrgebietes unzulässig sei. Deutschland lasse sich das Recht nicht mehr beugen.

In dieser Auffassung sei ein großer alliterter Staat mit Deutschland einig, aber man könne wohl fragen, was England tue, um diese Rechtswidrigkeiten zu beseitigen in einer Angelegenheit, in der die moralische Ehre aller Alliierten engagiert sei.

Deutschland stehe nicht um Gnade, sondern es fordere sein Recht.

Die Entscheidung, ob Rhein und Ruhr an Deutschland kehren, müsse bald fallen.

Wenn von französischer Seite immer wieder der Versuch gemacht werde, Deutschland die volle Schuld für den Weltkrieg aufzubürden, so wisse er diese Kriegsschuldfrage mit aller Entschiedenheit zurück. Deutschland habe keine Kräfte aller Welt geöffnet und sich bereit erklärt, sich einem internationalen Gerichtshof zur Beurteilung seiner Kriegsschuld zu unterwerfen. Wenn alle

Einführung des wertbeständigen Lohnes.

Berlin, 26. Okt. Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auch den Arbeitern und Angehörigen zugute kommen muß. Mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr müssen selbstverständlich auch Löhne und Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umgestellt werden. Die Umstellung wird mit einem Teile der Löhne begonnen und entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt werden müssen. Zur Rückfrage über die für die Umstellung notwendigen Schritte hat der Reichsarbeitsminister die Spitzen der Gewerkschaften auf Mittwoch, den 31. Oktober eingeladen.

Wertbeständige Auszahlung der Beamtenbesoldung.

Finanzminister Brüder hat, wie die Telegraphen-Union erzählt, nach seiner Rückkunft aus Berlin einer Abordnung von Beamten erklärt, er habe in Berlin mit Mitgliedern der Reichsregierung Rücksprache genommen wegen der Bezahlung der Beamtenbezüge in wertbeständigem Geld. Er habe hierbei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es zum alsbaldigen vollständigen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Lage unserer Beamenschaft führen müßte, wenn ein Teil des Volkes seine Produkte oder seine Arbeitskraft in wertbeständiger Bezahlung vergütet bekomme, während die Beamten auf die Papiermark angewiesen seien. Die Reichsregierung habe daraufhin erklärt, sie sei selbst schon seit einiger Zeit mit dem Problem der Beamtenbesoldung in wertbeständigem Geld beschäftigt und erkenne, daß rasches Handeln von Nöten sei. Es sei deshalb in Aussicht genommen, die Novemberbezüge der Beamten in wertbeständigem Geld auszuschütten. Der Druck der Interimsstände der Goldanleihe werde demnach beschleunigt, daß zu hoffen sei, es werde sich auch die technische Durchführung ermöglichen lassen.

Das Erscheinen des wertbeständigen Geldes.

Berlin, 26. Okt. (Eig. Drahtber.) Morgen wird zum ersten Male wertbeständiges Geld in den Verkehr gelangen. Die Reichsanleihebeurteilung und die Schatzungsabteilung der Reichsbank sind mit der Ausgabe der wertbeständigen Zahlungsmittel in Form von Goldanleiheküden beauftragt.

Gleichzeitig sollen im Laufe des heutigen Tages sämtliche Großbanken mit Goldanleiheküden versorgt werden, so daß am Samstag die Ausgabe an das Publikum voranommen werden kann. Der Betrag der morgen zur Verfügung stehenden wertbeständigen Zahlungsmittel erreicht die Höhe von 100 000 Dollars, nach dem heutigen Dollarkurs 650 Millionen Papiergeld. Damit das breite Publikum sich möglichst rasch tatsächlich in den Besitz des wertbeständigen Geldes setzen kann, werden in erster Linie die kleinen und kleinsten Stücke auszugeben werden und zwar Stücke zu 1, 1/2, 1/4 und 1/10 Dollars.

Das Rentenbankgeld.

Berlin, 26. Okt. (Drahtber.) Die Prägung der Münzen für das Rentenbankgeld ist bereits begonnen. Es werden geschlagen 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpennigstücke. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Rentenbank ihre praktische Tätigkeit demnächst aufnehmen kann. Insbesondere schreibt auch der Druck der Rentenmarktscheine, die durch Goldrentenbriefe voll gedeckt sein müssen, vorwärts. Die Rentenmark wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das geeignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein. Die Rentenmark, darüber sind sich die Regierung und Wirtschaftskreise einig, ein Zwischenglied bei der Schaffung der Goldmark, mit der die Rentenmark abgelöst werden wird. Die Arbeiten für die Goldnoten durchgeföhrt. In dieser Hinsicht ist auf den unmittelbar bevorstehenden Erlaß einer Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes zu verweisen.

Berlin, 26. Okt. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Breslau haben das Reichsfinanzministerium und das preuß. Handelsministerium die Ausgabe eines wertbeständigen Notgeldes für die Provinzen Nieder- und Oberschlesien genehmigt. Das Geld wird von der Industrie anfangs nächster Woche in kleiner Stückelung bei der Lohnzahlung ausgegeben werden. Als Sicherung für das Notgeld ist die Hinterlegung wertbeständiger Papiere, insbesondere von Reichsgoldanleihe notwendig.

408 600 Billionen.

Berlin, 26. Okt. Die schwebende Schuld des Reiches belief sich nach dem letzten veröffentlichten Ausweis am 10. Oktober auf 89 142,2 Billionen Mark. Nach Mitteilungen die von unterrichteter Seite gemacht wurden, war dieser Betrag am 15. Oktober auf 170 581 Billionen Mark gestiegen und hat am 22. Oktober die Summe von 408 000 Billionen Papiermark erreicht.

Anzeigenberechnung nach Grund- und Schlußzahl: Grundzahl für die Druckzeitung: 200, auswärts 240, Familienanzeigen und Stellenanzeigen 100, Anzeigenzeitung 600, an erster Stelle 650. Schlußzahl 12 000 000. Rabatt nach Tarif. Fernverhandlung: Geschäftsstelle Nr. 18, Berlin Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20. Druckerei Nr. 18. Postkontonr. 9547. Karlsruhe.

ein so gutes Gewissen hätten wie Deutschland, so sollten sie erst einmal daselbe tun.

Zum Schluß erklärte der Reichskanzler:

Deutschland könne sich auf fremde Hilfe nicht verlassen. Es stehe allein, es dürfe auch nicht bald nach dieser und bald nach jener Hauptstadt um Hilfe anrufen. Jeder deutsche Wiederaufbau müsse vom sittlichen Empfinden des deutschen Volkes ausgehen. Technik und Wirtschaft allein könnten Deutschland vom Untergang retten.

Im Augenblick, wo Deutschland von außen so schwer bedroht werde, seien nichts als gleichgültiger als Parteiprogramme. Es gehe nicht an, daß die Regierungsmitglieder persönlich angegriffen und verunglimpft würden. Auch sei es ein unerträglicher Zustand, daß in dem Augenblick, wo die deutsche Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter im Ausland habe erklären lassen, daß die volle Verantwortung für die zukünftigen Ereignisse auf Frankreich laufe, innerpolitische und innerstaatliche Streitigkeiten sich erheben. Nach den Besprechungen in Berlin hoffe er, daß das Mißverständnis zwischen Bayern und dem Reich zu Ende sei. Es sei selbstverständlich, daß im Kampfe um die Erhaltung der deutschen Pfals die Reichsregierung an Bayerns Seite stehe. Die deutsche Regierung habe an Frankreich wegen des vertragswidrigen Verhaltens des Generals de Mes Protokoll eingelegt und werde diesen Protest auch bei allen übrigen Staaten erheben. Der Reichskanzler schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede mit einem feinen Bekenntnis seines Glaubens an die deutsche Zukunft.

Der Kampf gegen die Sonderbündler.

Wiesbaden.

Wiesbaden, 26. Okt. Der städtische Kurpark ist durch die Mainzer Feuerwehr von Sonderbündlern gefährdet worden, die die Frucht ernteten haben. Der von den Sonderbündlern zum Regierungspräsidenten ernannte Reichsamt Rody wurde vor dem Regierungsgebäude von der Menge erkannt und verprügelt. In verschiedenen Stadtteilen, insbesondere vor dem Hauptquartier der Sonderbündler in der Gartenstraße, kam es heute vormittag erneut zu Schießereien. Mehrere Polizisten verfielen in Gemeinschaft mit französischen Truppen den Ordnungsdiensten. Französische Kavallerie patrouilliert in den Straßen.

Paris, 26. Okt. Das „Echo de Paris“ meldet aus Mainz: Der Advokat Rody, der vorgezogen von den Separatisten zum Regierungspräsidenten ernannt wurde, sei gestern vormittag im Justizgebäude von seinen Kollegen, die seine Handlungsweise nicht billigten, verprügelt worden und am Abend seinen Verletzungen erlegen.

Wiesbaden, 26. Okt. Gestern und heute wurden mehrere Polizeibeamte ausgemerzt. Wie die „Mainzer Volkszeitung“ meldet, ist am Mittwoch gegen 1 Uhr mittags das Landratsamt in Radesheim von den Sonderbündlern besetzt worden.

Mainz.

Mainz, 26. Okt. Die Lage in Mainz ist heute vormittag weiterhin unverändert. Neben französischen Kavallerie befinden sich auch wieder deutsche Besatzungstruppen in den einzelnen Polizeidistrikten. Heute vormittag fanden im Regierungsgebäude unter dem Vorsitz des französischen Oberdelegierten der Provinz Rheinhessen, General Spirat, Verhandlungen sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen statt, an denen auch einige Vertreter der Separatisten teilnahmen. Um vollkommene Neutralität zu wahren, hatten die Separatisten während der Dauer der Beratungen die grün-weiß-rote Flagge ein-

gezogen. Die Beratungen beschränkten sich lediglich auf wirtschaftliche Fragen. Politische Fragen wurden nicht erörtert. Am Schluß der Verhandlungen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den seit her bestehenden wirtschaftlichen Organisationen das Vertrauen ausspricht und deren Weiterbestehen fordert. Der Presse wurde die Veröffentlichung dieser Entschließung wie überhaupt jeglicher Notiz über diese Verhandlungen seitens des französischen Oberdelegierten, des Generals Spirat, ausdrücklich verboten.

Koblenz.

Koblenz, 26. Okt. Gestern Abend haben die Sonderbündler unter dem Schutze des Belagerungsstandes die öffentlichen Gebäude, u. a. den Sitz der Regierung, die Post und das Stadthaus, besetzt. Heute vormittag kam es zu verschiedenen Zusammenstößen, die zurzeit noch andauern. Die Post ist auf Veranlassung der Belagerungsmächte von den Sonderbündlern wieder geräumt worden. Auf dem Schloße weht die grün-weiß-rote Fahne.

Nachen.

Nachen, 26. Okt. (Drahtber.) Die Nacht ist ruhig verlaufen. Belgische Gendarmen versehen den Ordnungsdienst am Regierungsgebäude. Die Herrschaft der Sonderbündler festigt sich mit Hilfe der Belagerung.

Die Pariser Hilfe für die Französlinge.

Berlin, 26. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Tagblattes“ aus Koblenz hat der französische Oberkommissar des Rheinlandes von Paris die Belagerung erhalten, die Separatistenbewegung als gesetzmäßig anzuerkennen. Im Laufe des Tages sei eine diesbezügliche Verordnung der Rheinlandkommission zu erwarten. Die Reichsregierung wird, wie das Blatt schreibt, gegen diesen neuen Willkürakt in schärfster Weise protestieren, sobald ihr Material über Fälle vorliegt, in denen französische und belgische Truppen ihre Neutralität aufgeben haben.

Die Lage der Bergwerke.

Berlin, 26. Okt. (Eig. Drahtber.) Heute finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen darüber statt, inwiefern sich im Ruhrgebiet eine Stilllegung der bergbaulichen Betriebe als nötig erweisen wird. Gegenüber den Angaben, daß sämtliche Werke im Ruhrgebiet stillgelegt würden, kann bemerkt werden, daß diese Meldung in dieser Schärfe glücklicherweise nicht zutrifft. Allerdings wird es nötig sein, etwa 1/4 der Ruhrwerke zum Erliegen zu bringen und zwar jene, die durch ungenügende Vorräte und Lagerungsverhältnisse bedroht sind. Die Zahl der Erwerbslosen wird sich dann auf 150 000 belaufen.

Wenn Poincaré ehrlich wäre.

Wenn Poincaré wirklich wünscht, daß Frankreich bezahlt wird, schreibt Manchester Guardian, so kann er nicht im Zweifel darüber sein, daß jetzt die beste Gelegenheit dazu ist, indem er die Streikmann-Regierung am Leben erhält. Wenn diese Regierung nicht überhaupt die letzte in Deutschland ist, so ist sie jedenfalls die letzte, die ihre Existenz durch den Versuch riskiert, Poincarés Forderungen zu befriedigen, oder den Wunsch fundiert, den Versailles Vertrag auszuführen.

Das Ruhrgebiet ist aufgegeben und trotzdem hat sich der Druck verstärkt. Wenn Poincaré ferner beweist, daß Deutschland sich in seinem Vertrauen zu einer nachgiebigeren Haltung Frankreichs nach der Einstellung des passiven Widerstandes getäuscht hat, so wird eine konstitutionelle Regierung nicht länger in Deutschland möglich sein. Poincaré wird mit dem Ruhrgebiet sitzen bleiben, was ihn vielleicht über den Verlust der Reparationen trösten wird. Wird es aber auch Mr. Baldwin trösten?

Befreiung der Gefangenen?

Bonn, 26. Okt. Wie die „Bl. Volkszeitung“ aus Essen meldet, ist Krupp von Döhlen und Galbach, sowie die drei im Gefängnis befindlichen Kruppischen Direktoren zur Erledigung dringlicher Geschäftsangelegenheiten nach Essen benannt worden. Wie verlautet, finden am Montag Verhandlungen statt, über die Entlassung weiterer politischer Gefangener.

Amerikas Haltung gegenüber Europa.

Die Antwort der amerikanischen Regierung auf eine offizielle englische Anfrage.

London, 26. Okt. Das Auswärtige Amt veröffentlicht einen Telegrammwechsel zwischen Minister Lord Curzon und dem Vertreter Englands in Washington. In dem Telegramm Curzons vom 12. Oktober heißt es:

Wenn die englische Regierung die in der Presse veröffentlichte Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten richtig ausgelegt hat und wenn sie darauf rechnen kann, daß einem solchen Versuch eine unbedingte Aufnahme zuteil wird, so wird sie nicht zögern, die Mitwirkung ihrer europäischen Alliierten für eine Einladung an die amerikanische Regierung zu erlangen, bei der vorgeschlagenen Untersuchung des Reparationsproblems mitzuhelfen, indem sie einen Delegierten, sei es offiziell, sei es inoffiziell, zur Teilnahme daran abordnet. Wenn andererseits vorgeschlagen werden sollte, eine derartige Untersuchung zu veranstalten, auch wenn die Möglichkeit besteht, daß völlige Einmütigkeit für diesen Zweck nicht erreicht wird, könnte dann die britische Regierung und die Mehrheit der Alliierten eine Mitwirkung Amerikas fordern? Wenn endlich vorgeschlagen werde, eine solche Untersuchung der Reparationskommission oder einer von dieser ernannten Körperschaft anzuvertrauen, würde dann Amerika willens sein, daran teilzunehmen?

Ein Telegramm des englischen Vertreters in Washington vom 16. Oktober gibt die Antwort der amerikanischen Regierung auf diese Fragen.

Die amerikanische Regierung sei darnach völlig bereit, an einer wirtschaftlichen Konferenz teilzunehmen, an der alle an den deutschen Reparationen hauptsächlich interessierten Staaten teilnehmen würden. Es werde jedoch rasam sein, folgende Punkte zu betonen:

1. Die amerikanische Regierung habe keineswegs den Wunsch, Deutschland von seiner Verantwortung für den Krieg und von der gerechten Verpflichtung befreit zu sehen. Aber es sollte klar sein, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die formelle Bedingung der Wiederherstellung Deutschlands, ohne die eine Reparationsregelung unmöglich sein werde, berücksichtigt werden müssen;
2. eine derartige Konferenz sollte beratender Natur sein und nicht den Zweck haben, Meinungen zu bilden, sondern gewisse Anempfehlungen durch eine gründlich informierte und unparteiische Körperschaft zu sichern;
3. Zwischen der Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und jener der Alliierten Schulden an Amerika bestehe ein wesentlicher Unterschied und die letztere Frage liege überhaupt nicht innerhalb der Zuständigkeit der vorliegenden Gewalt. Die amerikanische Regierung sei einer Streichung der Schuld oder ihrer Übertragung auf Deutschland abgeneigt, werde aber einer vernünftigen Regelung mit Bezug auf Zeit und Bedingungen der Zahlungen nicht entgegen sein. Und die Schaffung gesunder wirtschaftlicher Bedingungen

in Europa, eine sofortige Herabsetzung der militärischen Ausgaben und eine Zusammenarbeit der europäischen Völker mit dem Ziele des Friedens und der Gerechtigkeit würden nicht verfehlen, einen entsprechenden Einfluß auf die amerikanischen Absichten und Ziele auszuüben.

Sodann wird gesagt, daß die amerikanische Regierung nicht in der Lage sei, ein Mitglied in die Reparationskommission zu entsenden, da dies nicht ohne die Zustimmung des Kongresses geschehen könne. Der Staatssekretär habe jedoch keinen Zweifel, daß ein kompetenter amerikanischer Bürger willens sein würde, an einer wirtschaftlichen Untersuchung durch eine beratende Körperschaft teilzunehmen, die von der Reparationskommission ernannt wird.

Deutsches Reich

Der Beamtenabbau.

Berlin, 26. Okt. (Drahtber.) Das Reichskabinett trat heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um sich laut „Tagblatt“ mit der Verordnung über den Beamtenabbau, sowie mit der Frage des bestetzten Gebietes zu beschäftigen. Am Mittwoch nahm der Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes zu der Frage des Beamtenabbaues Stellung. Der Beschluß des Vorstandes wurde nicht bekannt gegeben.

Die Leipziger Sozialisten gegen Ebert.

Leipzig, 26. Okt. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins Stadt Leipzig wurde gegen eine Minderheit von 50 Stimmen ein Antrag angenommen, der unter Hinweis auf die Verdösse des Reichspräsidenten Ebert gegen das Parteiprogramm verlangt, daß beim Parteivorstand der Ausschluß des Genossen Ebert beantragt wird.

Bedrohliche Lage in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 26. Okt. In den heute morgen abgehaltenen Verhandlungen haben sowohl das Gewerkschaftskartell wie auch die Sozialdemokratische Partei beschlossen, jeden rechtlichen Generalkrieg abzulehnen. Dagegen verlangen die Kommunisten, die einen Aktionsausschuß gebildet haben, den Streik mit Gewalt durchzuführen. Sie haben gegen Mittag Straßenbewegungen angehalten und die Anwesenheiten, den Wagen zu verlassen. Ein Versuch, in das Bürohauseinzudringen, wurde von der Polizei vereitelt. Die Geschäfte haben sämtlich geschlossen. Im nennenswerten Zwischenfällen ist es bis jetzt nicht gekommen.

Bayern.

Berlin, 26. Okt. Wie die Blätter aus München melden, teilt das bayerische Staatskommissariat mit: Die vielfach unlauteren Gerüchte, daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich durch Vermittlung beigelegt werden könne, habe zu zahlreichen Anfragen an den Generalkommissar geführt. Herr von Rahr habe diese Anfragen dahin beantwortet, daß er jede Vermittlung in dieser Sache mit der gegenwärtigen Reichsregierung ablehne.

Der Aisfener Aufruhrprozess.

Cottbus, 26. Okt. (Drahtber.) In der heutigen Vormittagsitzung des Aisfener Aufruhrprozesses stellte der Staatsanwalt folgende Anträge:

gegen Buchruder, Major a. D., unter Verjaeger mildernder Umstände lebenslängliche Festungshaft, dauernder Verlust der Befugnis zur Verrichtung öffentlicher Ämter, dauernder Verlust des Ruhegehaltes, Unfähigkeit zum Tragen der Offiziersuniform; gegen Major a. D. Herzer unter Zubilligung mildernder Umstände 12 Jahre Festungshaft.

Literatur

Neue Novellen.

Zwei Urfragen sind es, die in unserer Zeit die Novelle vor den Roman stellt: die Zerfahrenheit und Unrast des Hirns und der immer höher steigende Buchpreis. Wie lange es überhaupt noch gehen mag, daß Verlage schöne Literatur auf den Markt bringen können? Sicher ist mir, daß die kaufkräftigen Kreise von ehedem verschwunden sind. Sie können bei ihrem Willen und wirklicher Liebe die Multiplikation der Markt mit augenblicklich 16 Milliarden ihrem Rohvermögen nicht abdrängen. Trotzdem ist es Pflicht einer Zeitung, die ihrer allgemein geistigen Aufgabe sich bewußt ist, nach Möglichkeit die Buchgelüste zu besprechen.

Die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart hat in Ersaffung der im Eingangssatz erwähnten heutigen Umstände eine Bücherei zeitgenössischer Novellen herausgegeben. Sie nennt sich in einer äußerst glücklichen Prägung nach dem bekannten Wort von Boccaccio-Benise „Der Falke“; sie will also Erzählungen bringen, die in ausgeprägter Weise den Namen der Novelle verdienen. Bis heute sind neun Bändchen der geschmackvollen Reihe erschienen. Die nach unserer Ansicht beste Novelle nennen wir zuerst „Es ist die Südecke“ von Hans Frank. Hier ist nach Ton, Inhalt, Stoff, dichterischer Kraft das Kriterium des „Falcken“ in der Tat meisterhaft erfüllt. In erschütternder Erzählung wird das dunkle Lebensgeschick und helle Liebesglück eines Festungsbaummeisters geschildert, der unter Friedrich dem Großen zum Landesverräter wird. In raschen kraftvollen Schlägen bringt nach einer kleinsten gedungenen Einleitung der Dichter eine schlechtthin klassische Erzählung. Ihm in der dichterischen Genialität gleichzusetzen ist Josef Pruten. Seine „Mr von Gold“ gibt die Schilderung des feilschen Zusammenbruchs eines bayerischen Bürgers. Ein harmloser Anlaß — die Uebergabe einer Taschenuhr an den Sohn durch seine Frau als kummiges Zeichen des anstelle des Vaters in Vordergrund gelangten Sohnes — zerschört die Psyche eines vorzeitig alternden Mannes. In psychologischer Wahrheit und Durchdringung sucht die Darstellung ihresgleichen. Von Grete Auer, deren Erstlings-

„Marafsch“ in der „Straßburger Post“ uns nach fast zwanzig Jahren im Gedächtnis als starke Talentprobe haftet, liegt eine im Schatten der Kellerschen Lieben empfangene, im übrigen aber absolut selbständige Novelle „Die Seele der Imperia“ vor. Das alte Thema von dem Mann zwischen der Abenteuerliebe und der Frauentreue ist in eine prägnante und neue Form gegossen. Das entlegene Problem der Geschlechterliebe sucht Albrecht Schaeffer in der Geschichte „Das Gitter“ in harter Eigenart und mit höchst feinem Aufwand zu bewähren. Wenn man trotz der Lösung — die Liebe mündet nach schwerem Kampf in die Liebe der beiderseitigen Kinder der sich bewingenden einander gegenseitig Geschwister — unbedeutend bleibt, so liegt das am Stoff, der auch durch die angelegene griechische Parallele uns heutigen Menschen nicht eingehen will. Peter Dörfler schenkt seiner großen Gemeinde eine wohlgeratene Geschichte „Regine und Manu“, ebenso bleibt Hermann Horn mit „Gertrud und Regine“ in seinem bewährten Rahmen. Eckeratz wieder und voll „professionistischer“ Beladenheit ist die Charakterstudie von Axel Rüdke „Ein preußischer Diktator“. Es wird darin der Durchbruch der Seele eines im Dienst verbliebenen Offiziers im Verlauf der Kriegsjahre überzeugend analysiert. An ein damit nicht ganz unverständliches Problem rührt Hans Siemsen mit „Die Geschichte meines Bruders“. Die Seele und Liebe des „minderen“ und anscheinend verbrecherischen Volksgenossen wird in erschütterndem Erleben erschlossen und gewonnen. Der Bruder ist der Menschenbruder überhaupt. Die Novelle „Das Fenster“ von Zulu Strauß und Lorenz bringt in fast zu epischer Breite, aber andererseits mit feiner Beobachtung und anschaulicher vergebener Kleinwelt einen alltäglichen Geschehnis zur fräulichen zarten Lösung und Verschönlichkeit. — Auf die angelegentlichsten weiteren Bände der Sammlung, die an jene von Kurz und Seyde (später von Feigner) erinnert, darf man freudig gespannt sein.

Gleichfalls in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart sind die „Jugendnovellen“ von Waldemar Bonsels (Blut. Der tiefste Traum. Leben, ich grüße dich. Der letzte Frühling) erschienen. Die in den Jahren 1905 bis 1910 entstandenen Geschichten des anerkannten Dichters bedürfen keiner ausdrücklichen Empfehlung. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß sie auch ein Buch für die geistige Jugend bilden. — Zwei anmutige Bändchen hat Eugen Salzer in Heilbronn mit der Erzählung „Komödie“ von Jos. Fr. Perkonig und der Geschichte einer Dichtertante, nämlich „Adalbert Stisters Liebestraum“ von Franz Schuf herausgegeben. — Der in dieser Zeitung anlässlich seines Erscheinens gewürdichte Roman von Robert Jacanus „Die heilige Lanze“ (Dreimastenverlag München) liegt in einer Neuauflage mit tief sich einfindenden Zeichnungen von unserm Karlsruher prominenten Künstler Gün. Wolf vor. Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung (Hamburg-Großhorst) bringt von E. G. Kolbenheyer: „Drei Legenden“ („Volksbücher“ Heft 40). Kolbenheyers feine und sichere Hand hat kleine Schmuckstücke der Prosa dichtfertig geschaffen. Es ist sehr zu begrüßen, daß sich die räumlich bekannte Stiftung wiederum bedeutender lebender Autoren annimmt.

Ein historischer Pantoffelheld. Abraham Lincoln, der im amerikanischen Bürgerkrieg Präsident der siegreichen Nordstaaten war, stand in ungewöhnlichem Maße unter dem Pantoffel und hatte oft unter der höchsten Dämme seiner Frau zu leiden. Eines Tages kam er um 11 Uhr von einem Parteifongress in Chicago heim. Am nächsten Morgen sprach ihm Frau Lincoln in unerbittlichen Worten ihr Unbehagen über seine politische Tätigkeit aus, die ihn veranlaßte, Abend für Abend außer dem Hause zu verbringen, während sie und die Kinder allein zu Hause sitzen mußten. Sie schloß ihre Gardinenpredigt: „Heute Abend lege ich mich Punkt 10 Uhr ins Bett. Bist du zu dieser Zeit zu Hause, gut, wenn du aber bis dahin nicht kommst, so brauchst du nicht zu glauben, daß ich daran denke, aufzusteigen und dich hereinzulassen.“

Kleines Feuilleton

Ein historischer Pantoffelheld. Abraham Lincoln, der im amerikanischen Bürgerkrieg Präsident der siegreichen Nordstaaten war, stand in ungewöhnlichem Maße unter dem Pantoffel und hatte oft unter der höchsten Dämme seiner Frau zu leiden. Eines Tages kam er um 11 Uhr von einem Parteifongress in Chicago heim. Am nächsten Morgen sprach ihm Frau Lincoln in unerbittlichen Worten ihr Unbehagen über seine politische Tätigkeit aus, die ihn veranlaßte, Abend für Abend außer dem Hause zu verbringen, während sie und die Kinder allein zu Hause sitzen mußten. Sie schloß ihre Gardinenpredigt: „Heute Abend lege ich mich Punkt 10 Uhr ins Bett. Bist du zu dieser Zeit zu Hause, gut, wenn du aber bis dahin nicht kommst, so brauchst du nicht zu glauben, daß ich daran denke, aufzusteigen und dich hereinzulassen.“

ein Kopf, mit der Nachtmühe gezier, guckte her aus und fragte in hartem Ton, wer da stünde. „Ich bin's“, antwortete Lincoln. „Was ich denn auf — ich habe dir etwas sehr wichtiges zu erzählen.“

„Du weißt, was ich gesagt habe“, erwiderte die erkrankte Frau Lincoln. „Ich bin deiner politischen Fozen müde. Ich habe mir vorgenommen, daß das jetzt anders wird.“

„Ja aber, liebe Frau“, rief Lincoln ungeduldig, „es ist ein Telegramm gekommen, daß ich zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt bin!“

„Nein, meinst du, Abraham“, brach Frau Lincoln in höchstem Grade entriktet, los, „das geht mir wirklich zu weit. Ich habe ja geahnt, daß du heimlich trinkst, aber ich konnte mir nicht vorstellen, daß du betrunken nach Hause kommen würdest. Geh und schlafe deinen Rausch da aus, wo du ihn dir angeschafft hast!“

Damit floh das Fenster aus. Aber am nächsten Tag erfuhr Frau Lincoln zu ihrem Entsetzen, daß ihr Abraham die Wahrheit gesagt hatte und wirklich zum Oberhaupt der großen Republik gewählt worden war.

Humor.

In der ländlichen Volksschule. „Ganz, wann ist die beste Zeit, um das Obst von den Bäumen zu pflücken?“

„Wenn der Hund angebunden ist.“

Beim Heiratsvermittler. Herr: „Ich möchte gern eine eheliche Frau heiraten.“

Heiratsvermittler: „Mehr Ehr' oder mehr har?“

Die Verwechslung. Adolf Schibitzki, der Reichreiche, früher seines Schmied, erscheint mit Gemahlin im Hotel zum Nachmittagsessen, welche Veranstaltung von ihr in diesem Ernachte als „Balkonabend“ bezeichnet wird. Am großen ganzen ist Frau Schibitzki mit den Menschen und Dingen ihrer neuen Umgebung bedeutend besser vertraut als ihr Mann, und als dieser der verwirrenden Maid den Finger mit den Fingern an der Dose nehmen will, unterbindet sie diesen deplacierten Versuch mit einem kräftigen Wippen und den energisch gestikulierten Worten: „Adolf, so nimm doch die Jange.“ Worauf er: „Aber warum denn? Wird denn der Finger heiß serviert?“

(Rebelhalter.)

hast, alles übrige wie bei Buchruder, und zwar beide wegen Hochverrats; gegen die übrigen Angeklagten beantragte er wegen Beihilfe zum Hochverrat folgende Strafen: gegen Hann und Stiege 5 Jahre, gegen Voigt 4 Jahre 5 Monate, Stobbe 4 Jahre 2 Monate, Rörke 3 Jahre 9 Monate, Wójcinski, Wölfler und Schenk je 3 Jahre 6 Monate, Reichel 3 Jahre 3 Monate, Rabkowski, Kühn und Burdardt je 3 Jahre Festungshaft. Gegen sämtliche Angeklagten wurden ferner angemessene Geldstrafen und die volle Anrechnung der Untersuchungshaft beantragt. Darauf begannen die Plädoyers der Verteidiger.

Badische Politik

Die kommunalpolitischen Umtriebe in Loth.

Loth., 26. Okt. Die Bemühungen der Behörden zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse sind fortgesetzt worden. Wiederholt verurteilten Personen, sich den Drahtverhören zu nähern, so daß Strafbefehle von der Bezirksstaatspolizei abgegeben werden mußten. Aus Schiedsrichter erlitt die Frau eines hiesigen Schuhmachers einen Herzschlag. In der Umgebung von Loth., so in Kürzell, Ougswier usw. wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen von Personen, die den Aufruf der Reichsregierung und behördliche Befehle missachteten. Alle Meldungen, die von Toten und Vermissten in Loth. zu berichten wußten, sind frei erfunden und können nur dazu dienen, die Bevölkerung in Verwirrung zu setzen. Weiter berichtet noch die „Kahrer Zeitung“, daß für die nächsten Tage die Polizeikommission auf 8 Uhr abends festgelegt ist. Oberamtmann und Oberbürgermeister haben eine Befehlsanweisung erlassen, in der sie die Einwohnerschaft auffordern, Ruhe zu bewahren und festliche Anstaltungen, Zusammenkünfte oder Versammlungen zu vermeiden. Verhandlungen zwischen Arbeitnehmerschaften und der Industrie über Wohlfeilheit gegenüber der wirtschaftlichen Notlage sind im Gange.

Ein Presseprozeß.

Mannheim, 26. Okt. Vor dem Schwurgericht wurde die Anklage gegen den früheren Redakteur der „Mannheimer Arbeiterzeitung“ Paul Schäfer wegen Verleumdung durch die Presse verhandelt. Ende Oktober und Anfangs November vorigen Jahres hatte sich die „Arbeiterzeitung“ in mehreren Artikeln mit den Urteilen befaßt, die von badischen Gerichten über Angeklagte gefällt worden waren, die sich an Ausschreitungen anlässlich von Demonstrationen wegen der Ermordung Rathenau beteiligt hatten. Dabei wurden Ausdrücke gebraucht wie „Standal“, „Schandurteil“, „Schande der Republik“, „Kommuniste, die zum Himmel hinauf“, usw. Der Angeklagte erklärte die fraglichen Artikel mühen aus dem Geiste der Sitzungen jener Tage heraus verstanden werden, in denen sie geschrieben wurden. Er habe weder Richter noch Staatsanwälte beleidigen wollen. Bei der Wahl der Ausdrücke mögen ihm bei seiner nervösen Ueberreiztheit aus Fährlichkeit Mißverständnisse unterlaufen sein. Da die Geschworenen den größten Teil der Schuldfragen schieden, wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 100 Milliarden, verurteilt durch die Untersuchungshaft, verurteilt.

Goldnoten der Reichsbank.

Das Reichskabinett hat eine Abänderung des Bankgesetzes beschlossen. Die Veröffentlichung der Novelle wird voraussichtlich bald erfolgen. Danach ist die Reichsbank berechtigt, Goldnoten auszugeben. Die Deckung der Goldnoten geschieht zu einem Drittel in Gold und Devisen, zu zwei Dritteln in Goldmarkhandelswechseln. Der Goldbestand, der als Deckung für die Goldmarknoten des Reichsbank dient, wird getrennt von dem übrigen Goldbestand, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. Die Goldmarknoten der Reichsbank sind jederzeit einlösbar in Gold, englischen Pfunds und Dollars. Ferner erhält die Reichsbank die Ermächtigung, unverzinsliche wertbeständige Schuldverschreibungen herauszugeben. Die Emission erfolgt, um den Bedürfnissen des Verkehrs nach kurzfristigen wertbeständigen Anlagen von Darlehen Genüge zu leisten. Die Schuldverschreibungen finden in den wertbeständigen Krediten der Reichsbank die entsprechende Deckung. Das Maximum der Emissionen dieser Schuldverschreibungen ist auf den dreifachen Betrag des Goldbestandes festgesetzt, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. Schließlich kann die Reichsbank nach Abänderung des Bankgesetzes gewisse Serien der jetzt im Umlauf befindlichen Noten einzeln.

Da gestern außerordentlich hohe Forderungen nach Zahlungsmitteln an die Reichsbank gestellt worden sind, mußte sie zu Reparaturen schreiten. Die Reichsbank in Berlin ist jedoch bemüht, den Anforderungen in Zukunft gerecht zu werden. Sie hofft, von Samstag an eine Produktion von 300-400 Millionen pro Tag zu erreichen. Es sollen nur noch auf hohe Beträge lautende Noten gedruckt werden. Die Billnotenne ist in Vorbereitung. Um den Verkehr weiterhin zu erleichtern, werden Zinsschein der Goldanleihe, die seit gestern gedruckt werden, ausgegeben.

Aus Berlin wird weiter gemeldet: Die Reichsbank in Berlin ist von Tausenden von Menschen und Hunderten von Fußweibern umlagert. Die Massen trafen sich bis hinunter zum Spittelmarkt. Der Verkehr in den an die Reichsbank angrenzenden Straßen ist lahmgelegt. Ein besonderes Polizeiaufgebot sorgt für Ruhe und Ordnung. Der Chef des Banknotenwesens der Reichsbank erklärte, daß die Reichsbank ihre Zahlungen von morgen ab schon teilweise in Rentenmark leisten werde. Es handle sich um die Beträge, die das Reich der Reichsbank schuldig war und die der Reichsbank von der Rentenbank bereits überwiesen worden seien. Ferner sollen Einzel-Dollarstücke der Goldanleihe in größeren Mengen in Umlauf gesetzt werden.

Baden ist beinahe ausschließlich damit beschäftigt, der Geldnot durch Schaffung einer wertbeständigen Dollaranleihe zu wehren. Nach einer Aeußerung des Finanzministers Köhler beabsichtigt die Reichsregierung, die Baaden-Novemberbezüge teilweise wertbeständig auszugeben.

Aus Baden

Betriebssteuer.

Die uns die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe mitteilt, haben die badischen Handelskammern unter Hinweis auf die verheerende Wirkung der Arbeitgeberabgabe (Betriebssteuer) erneut die sofortige Aufhebung dieser Abgabe oder zum mindesten wesentliche Erleichterungen gefordert. Sie ist für unsere Wirtschaft von verhängnisvoller Wirkung, da sie, ohne Rücksicht auf den Ertrag, von Betrieben, die eine große Zahl von Angestellten und Arbeitern beschäftigt, ungeheure Steuerbeträge einfordern, deren Aufbringung den durch die vielen sonstigen Steueransprüche bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belasteten Unternehmungen nicht mehr möglich ist. Die unaussprechlichen Folgen sind Betriebserschließungen und Stilllegungen, sowie damit verbunden Arbeiterentlassungen und ein Anwachsen der Zahl der Erwerbslosen. Bei der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Spannung müssen diese Folgen um so verhängnisvollere Wirkung haben und infolgedessen alles getan werden, was dazu dienen kann, um sie zu vermeiden. Die Handelskammern werden ihre Bemühungen in dieser Richtung mit allem Nachdruck fortsetzen.

In keinem Obstgarten sollen Nausenleimringe fehlen. Diese vollführen aber nur den beabsichtigten Zweck, wenn sie ständig auf ihre Lebefähigkeit geprüft werden. Wohl hält jeder Nausenleim gegen 4 Wochen seine Klebekraft, aber mangelnde Urfrucht können diese unterbinden. So kommt es vor, daß besonders bei windigem, warmem Herbstwetter der Leim trocknet, auch kann Sand und Staub die Klebefähigkeit hemmen. Sobald man darum wahrnimmt, daß die Klebefähigkeit abnimmt, muß sofort nachgetrichen werden.

Infolge der ungünstigen Witterung diesen kalten und kühlen Sommers sind die Tomaten in gar vielen Gärten nicht zur Reife gelangt. Trotzdem aber sind die grünen Früchte nicht als verloren anzusehen. Auf Art der Stachelbeeren eingefocht, geben sie ein vorzügliches Kompott. Aber auch reife Früchte kann man noch ernten. In dem Ende zieht man die ganze Pflanze aus dem Boden, schneidet die Blätter ab und hängt die Zweige mit den Früchten an einem warmen und trockenen Orte aus, vorteilhaft in der Nähe des Kachelofens, wo die Früchte dann allmählich austrocknen. Man hängt die ganze Pflanze aus, hat die einzelnen Früchte abzuspicen, weil so die Nährstoffe, die in dem Stengel enthalten sind, noch ausgenutzt werden.

Erbsen- und Bohnenkraut sollte stets mit untergegraben werden, da es eine vorzügliche Gründüngung abgibt. Fast alle Nährstoffe, die im Laufe des Sommers dem Boden entzogen sind, kommen ihm dadurch wieder zugute, vornehmlich eine Bereicherung an Stickstoff. Zudem macht die Gründüngung den Boden humusreicher.

Kartoffel zur Saat dürfen nicht zu früh ausgegeben werden, weil sonst die Haltbarkeit und spätere Keimkraft sehr beeinträchtigt wird. Saatkartoffeln müssen erst völlig ausgereift sein, bevor sie ausgenommen werden. Der richtige Reifezeit ist vorhanden, wenn das Kraut gelb geworden ist und die Knollen sich beim Herausnehmen leicht von den Wurzeln lösen. Auch dürfen nach erfolgtem Ausnehmen die Knollen nicht sogleich in den Keller gebracht werden, sondern sind erst einige Zeit zum Abtrocknen an der Luft liegen zu lassen. Welken dürfen sie aber auch nicht.

Karlsruhe, 26. Okt. Zur Bekreitung der Kreisausgaben hat der Kreisrat der Kreistaxe Karlsruher einer weiteren Kreissteuer zugestimmt, die von je Hundert Mark Steuerwert wie folgt zu erheben ist: 1. vom gewerblichen und land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen 40 000 M.; 2. von Gebäuden 80 000 M.; 3. von einzeln geschätzten Grundstücken und vom Bergwerkseigentum 160 000 M. und 4. vom Wald, von klassifizierten und diesen gleich zu behandelnden Grundstücken und von einzeln geschätzten Holzgütern 320 000 M. Das Erträgnis ist von den Kreisgemeinden bis 15. November d. J. an die Kreiskasse abzuliefern.

Mannheim, 26. Okt. Gestern ist der Eisenbahnerverkehr über die Rheinbrücke Mannheim-Rudwigshafen wieder aufgenommen worden. Der erste Zug wurde mit einer Maschine von Mannheim bis zur Rheinbrücke Mitte befördert, wo er von einer Lokomotive der französischen Regie abgenommen wurde. Die Eisenbahnbetriebsinspektion Mannheim teilt dazu mit: Die Verhandlungen mit der französischen Eisenbahregie haben ergeben, daß Sendungen mit Lebensmitteln nach Ludwigshafen am Rhein und darüber hinaus mit der Eisenbahn über Mannheim-Rheinbrücke befördert werden können. Die Rheinbrücke erbebt die Fracht bis Mannheim und dazu einen Zuschlag für die Strecke bis Mitte Rheinbrücke. An die französische Regie sind die Beförderungsgebühren bis Ludwigshafen und gegebenenfalls darüber hinaus in Frankfurter Währung zu bezahlen. Nähere Auskunft erteilt die Station Mannheim-Rudwigshafen.

Heidelberg, 26. Okt. Der Bürgerausschuß hat mit 37 gegen 28 Stimmen den Antrag des Stadtrats angenommen, wonach mit Wirkung vom 1. Oktober ab die Gebäude-, Betriebsvermögens- und Grundstückssteuern in Goldmark und Goldpfennigen zu zahlen sind. Diese neue Form der Umlage bedeutet zugleich eine sehr starke Erhöhung der Umlage. Gegen die Umlageberechnung nach Goldmark sprachen sich Redner der Deutschnationalen, des Zentrums und der Kommunisten aus, aber auch in diesen Fraktionen befanden sich Freunde der Vorlage.

Weinheim, 26. Okt. Ein schwerer Kraftwagenunfall hat sich bei Rimbach ereignet. Ein dem Heidelberger Wirtschaftskreis angehörender Passagier der Eisenbahnlinie von einem Eisenbahnzug erfasst, wobei die drei auf dem Anhängewagen sitzenden Personen schwer verletzt wurden. Der 21jährige Fabrikarbeiter Peter Bangert aus Oberlautenbach ist seinen Verletzungen erlegen, dem 49jährigen Müller Georg Klemm aus Handlshausen mußte das linke Bein abgenommen werden. Der dritte Verletzte, der hiesige Arbeiter Josef Bink aus Handlshausen, Vater von 7 Kindern, erlitt eine lebensgefährliche Gehirnerschütterung. Der Bahnaufseher an der betreffenden Stelle ist durch Schranken nicht gefährdet.

Kallatt, 26. Okt. Die Kinos sind abermals geschlossen worden, nachdem der Gemeinderat die Lustbarkeitssteuer, die er kürzlich um etwa 50 bis 75 Prozent ermäßigt hatte, was zu einer Wiederaufnahme des Kinobetriebs führte, erneut auf 40 Prozent heraufsetzte.

Bühl, 26. Okt. Das zwölfjährige Töchterchen des Direktors Händel stieg am gestrigen Nachmittag auf die Veranda, um die Zeit besser auf der Kirchenuhr ablesen zu können. Dabei verlor es das Gleichgewicht, stürzte vier Stod tief in den Hof und zog sich so schwere innere Verletzungen an, daß es noch am gleichen Tag starb.

Waldbühl, 26. Okt. Der Verlag der Neuen Waldbühl-St. Blasius Zeitung teilt mit, daß seine Zeitung auch gegen Naturkatastrophen bezogen werden kann, und zwar sind als Monatsbezugsgeld für je Lieferung: 12 Pfund Weizen, oder 16 Pfund Gerste oder 16 Pfund Hafer oder 16 Pfund Roggen oder 1 Pfund Butter oder 1 Pfd. Honig oder 50 Pfund Kartoffeln oder 20 Eier.

Schlüsselzahlen des 27. Oktober.

- Bad. Einzelhandel: 16 (Vortag 15,5 Milliarden).
Karlsruher Feuerungszahl (mit Befleibung):
Stichtag 22. Oktober: 4 026 807 768 (Vormoche 768 618 805).
Badische Landesindexziffer (mit Befleibung):
Stichtag 22. Oktober: 4 886 805 684 (Vormoche 706 504 498).
Badische Landesindexziffer (ohne Befleibung):
Stichtag 22. Oktober: 3 862 611 504 (Vormoche 588 628 648,12).
Reichsindexziffer: Stichtag 22. Okt.: 3045 Mill. (Vormoche 601,9 Mill.).
Großhandelsindexziffer: Stichtag 23. Oktober: 14 600 Mill. (Vormoche 1098 Mill.).
Goldmark: 15 514 880 952.
Goldumrechnungssatz für die Reichsteuern: 15 Milliarden.
Badischer Gastwirtverband: 1/4 Liter neuer Weiskwein 5 Milliarden, Rotwein 6 Milliarden; 0,3 Liter Lagerbier 1,8 Milliarden, 0,2 Liter Exportbier 2,2 Milliarden; Essen in Kleinbetrieben 10 Milliarden, in Mittelbetrieben 14 Milliarden.
Badische Hotelindustrie: 15 Milliarden.
Eisenbahn: Personentarif 1500 Millionen; Gütertariif 3000 Millionen (ab 29. Oktober 12 Milliarden).
Amtliche Güterbeförderungen der R.B.D. Karlsruhe: Grundtarif: doppelte Durchschnitts-Friedenssätze; Schlüsselzahl: tägl. erimotiert. Dollar-Goldmarkkurs (Berlin, Geld).
Badisches Landestheater: für 27. Oktober 3; für 28. Oktober 4 Milliarden.
Volksbühne: Gutscheinpreis für 23.-29. Oktober 1700 Millionen.
Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungs-Verleger für Anzeigenaufträge: 12 Millionen.
Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe: 600 Millionen.
Buchhändler-Schlüsselzahl: 16 Milliarden.
Die Schlüsselzahl für Arzneitaxe: für Waren und Gefäße 13,1 Mill., für die Arbeitsvergütung 7 Millionen.

Gerichtssaal

Karlsruhe, 26. Okt. Unter der Anklage der Bestechung stand der Verwaltungsobersekretär beim hiesigen Bezirksamt Josef Friedrich Stegmüller vor der Strafkammer. Der 45 Jahre alte Angeklagte ist seit Mai 1918 beim Bezirksamt in Karlsruhe beschäftigt gewesen und hat dabei Handels-, Veterinär- und Sicherheitspolizeifachen bearbeitet, hat aber nach den Angaben seiner vorgelegten Behörde nicht immer gute Zeugnisse aufzuweisen. Bei der Bearbeitung eines Handelsgesuchs kam Stegmüller mit einem Franzosen namens Rouillon in Berührung, gegen den eine Untersuchung wegen Spionageverdacht schwebte. Der Angeklagte machte Frau Rouillon aus den Akten Angaben über das Verfahren und gab sich dabei den Anschein, als ob er in der Sache etwas für Rouillon tun könne. Schließlich hat er Frau Rouillon in Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark (die Sache spielte anfangs September dieses Jahres), um sich Möbel anschaffen zu können. Die Frau konnte ihm aber das Geld nicht geben. Auch andere Ungenauigkeiten, die sich Stegmüller im Dienst hatte zu Schulden kommen lassen, kamen bei der Verhandlung zur Sprache. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis abzüglich einem Monat Untersuchungshaft.

Karlsruhe, 26. Okt. Das Buchergericht hat heute den Wegber Karl F. J. aus Tiesbach wegen unerlaubten Handels und Preistreiberei zu 50 Milliarden Geldstrafe verurteilt. Unter der gleichen Anklage standen im zweiten Fall der Tagesordnung des Buchergerichts die Ehefrau Amalie Linz geb. Weber aus Bauerbach und die Ehefrau Frieda R. geb. Rabold aus Kallatt. Die beiden Angeklagten wurden zu je 10 Milliarden Geldstrafe verurteilt.

Ratgeber für Haus und Landwirtschaft.

Allerlei.

Für die Sortenauswahl bei der Herbstpflanzung mögen dem Obstzüchter folgende Angaben dienen: Für raube Äpfel, wo man mit Spätfrüchten rechnen muß, bevorzugen man solche Sorten, die erst verhältnismäßig spät ihre Blüten öffnen. Zu diesen gehören an Apfels: Borsdorfer, Boskapsel, Eisenapfel, Goldparmäne, Prinzenerapfel, Gelber Richard, Weiker Altraden und Eriacher Weinapfel; an Birnen: Vereinsbegründer, Jakobsbirne, Gute Graue, Klapp und Napoleon. Für trockene Wälder eignen sich in der Regel die Apfelsorten weniger, während Birnen noch gut gedeihen. Man wähle dann unter nachgenannten Sorten: Williams Christbirne, Rote Bergamotte, Pastorenbirne, Hofrat, Gute Graue, Vereinsbegründer, Napoleon, Borsdorfer, Eperens Herrenbirne. Sauerfrüchsen gedeihen am besten in lehmhaltigen, humusreichen Böden. Da die Sauerfrüchse ihre Wurzeln flach ausbreiten, leidet sie weniger durch höheren Grundwasserstand als andere Sorten.

Reispflanze Pflanze erfahren nur einen vorläufigen Rückschnitt. Dieser hat den Zweck, die jungen Triebe, falls Spätherbst und Winter windig und trocken sind, vor dem Einbruch des Winters zu bewahren. Der eigentliche Schnitt erfolgt dann erst im kommenden Frühjahr.

Eine Herbstdüngung darf nicht unterbleiben auf trockenem Gemüsedoden, während auf nassen und sandigem Boden bis zum Frühjahr damit gewartet werden kann. Auf trockenem Boden ist man nicht sicher, ob im Frühjahr die nötigen Regenmengen eintreten werden. Weist der Regen aus, so verändert sich der Dünger kaum, und seine Wirkung ist infolgedessen dann nur gering. Dagegen kommt nach der Herbstdüngung die Winterfeuchtigkeit an den Dünger heran, schließt ihn auf und verbindet ihn innig mit dem Boden, wodurch seine Wirkung für den kommenden Pflanzenwuchs gesichert ist.

Ein willkommenes Wintergemüse ist frischer Zichorienfalsat. Um diesen den ganzen Winter hindurch zu haben, hebt man vor Eintritt des Frostes kräftige einjährige Wurzeln aus, pflanzt sie in Kästen schieb ein und stellt diese in ein warmes Mistbeet. Gar bald fangen dann die jungen Blätter an zu sprießen. Damit die jungen Blätter schön zart und gelb bleiben, sind sie zu beschatten. Bei Anlage mehrerer solcher Kästen kann man den ganzen Winter hindurch ernten. Die abgetriebenen Wurzeln sind her nach wertlos und werden weggeworfen.

Beim Ernten der Aolabete lei man recht vorsichtig. Jede Beschädigung führt zum Bluten, wodurch die schöne rote Farbe dieses vorzüglichen Salatgewächses verloren geht.

Zur Gewinnung von Saatgut von Erbsen, Bohnen usw. verfährt man vielfach falsch. Man pflückt von den Beeten erst eine oder zwei Maßelken und läßt dann den Rest der Früchte reifen werden. Das ist völlig verkehrt und gibt niemals vollwertiges Saatgut. Eigenart und Vollkraft der Sorte, auch Güte und Größe prägt sich vor allem in den ersten Früchten aus. Darum sollen auch diese als Saatgut zum Ausstreuen kommen, da deren Nachzucht mit gewisser Sicherheit gesunde Pflanzen und volle Erträge verbürgt.

Warum werden manche Sellerie hohl? Falls es nicht in der Sorteneigenschaft liegt, hat in der Regel der Anbauer selbst die Schuld. Bekanntlich liebt der Sellerie einen sehr nährhaften Boden. Vielesch tut nur aber der Gärtner in dieser Beziehung des Guten zu viel, insofern er zu große Gaben Stickstoff gibt. Ein Uebermaß an Stickstoffdünger führt stets zum Hohlwerden der Knollen. Ganz besonders ist vor übermäßiger Anwendung frischer Jauche zu warnen. Die einseitig gute Vorbedingung eines im Uebermaß mit Stickstoff gedüngten Bodens treibt zu übermäßigem Wachstum. Jede Pflanze ist aber auf ihre Fortpflanzung bedacht. Die Grundlage für die im nächsten Jahre zur Entwidlung kommenden Samentengel wird schon jetzt gelegt. Fehlen nun aber im Boden infolge der einseitigen Ueberdüngung mit Stickstoff die anderen Nährstoffe, die die Pflanze gebraucht, so werden diese jetzt schon aus der Knolle genommen, und diese wird infolgedessen schwammig und hohl. Sellerie ae-

beist darum am besten in allgedüngtem Boden, dem allenfalls im Anfang des Wachstums mäßig vergorene Jauche zugeführt werden darf. ts.

Mehr Geflügelfleisch.

Die Fleischnot ist gegenwärtig so groß, daß wir genötigt sind, auf Mittel und Wege zu finnen, um diese Not zu lindern. In allen Volksversammlungen, in den Reichstags- und Landtagsitzungen wird jeweils erklärt, daß Deutschland mehr erzeugen muß, wenn es nicht zu Grunde gehen soll, aber niemand macht den Anfang. Die Bodenfläche Deutschlands ist zu klein, um durch Ackerbau die darauf lebende Bevölkerung zu ernähren, deshalb ist es nötig, auf andere Weise mehr zu erzeugen, um eine bessere Ernährung möglich zu machen. Hier bietet die Geflügelzucht die Hand, unsere Lebensmittel zu vermehren, ohne dazu Rohprodukte aus dem Auslande kaufen zu müssen.

Wenn bei häßlichen Geflügelhaltungen alle Dohmen, ferner alle über 4 Jahre alten Hennen, alle jungen Hühner und Hähnen von Spätbruten geschlachtet würden, würde viel Brotgetreide für menschliche Nahrung übrigbleiben und viel Fleisch auf den Markt kommen. Ferner sollte vom Frühjahr an kein Enten- oder Gänselei in der Küche verwendet, sondern zur Fleischherzeugung ausgenutzt werden. Auf jedem Geflügelhof sollten nicht nur Hühner leichter Rassen zur Eierzeugung, sondern auch solche schwerer Rassen zur Fleischherzeugung gehalten werden, denn an 15 Eiern können sich höchstens vier Personen einmal satt essen, an 15 Junghühnern aber mindestens sieben mal.

Die künstliche Brut und Anzucht von Geflügel sollte mehr Verbreitung finden, wodurch Brutstätten zum Eierlegen frei würden. In Ägypten und China besteht solche schon seit Jahrhunderten zum Segen der Bevölkerung. In Amerika gibt es Städte (Betaluma), die jährlich Millionen von Hühnern erzeugen, in Dänemark, England, Holland und Belgien wird Geflügelzucht im großen betrieben, ebenso in Desterreich, Italien und Spanien. Was in diesen Ländern möglich ist, sollte mit gutem Willen auch in Deutschland möglich sein, dadurch würde der in der Ueberkrist angebotene Wunsch erfüllt.

Aus dem Stadtkreise

Mittelstandskräfte

Endlich auch einmal das erlösende Wort...

Was an Kriegseinrichtungen, wie Speisung...

Unabhängige Zahlungsmittel werden von heute an...

Sammlungen für die Winterhilfe.

Die Beamten- und Arbeiterschaft der Sinner...

Die wochentäglichen Unterstützungssätze für Erwerbslose

Ertrag

Ortsklassen D und E: Die Sätze für die gleichen Gruppen...

Im besetzten Gebiete ist für den hauptunterstützungsberechtigten Empfänger...

30. Geburtstag. Als wohl eine der ältesten Personen...

Vorauszahlungen auf die staatliche Grund- und Gewerbesteuer.

Erhöhung der Straßbahnfahrpreise.

Milchpreis. Im Benehmen mit den badischen landwirtschaftlichen Organisationen...

Mariarty-Prophezeiungen. Das Seinen nach höchstzulässigen Tagen...

Mitteilungen des Bad. Landesheaters.

Ertrag

schickkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen...

Angestelltengehälter in der Industrie für die vierte Oktoberwoche.

Ertrag

Je mehr begrüßt mit Worten des Dankes die Gäste...

Der Verein für Nationaldenkmäler von 1905 e. V.

Ertrag

Berliner Kursbericht

Die Kurse bezeichnen den Stückpreis in Milliarden Mark.

Table with columns for various stock categories like Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Werte, Bank-Aktien, etc.

Table with columns for various stock categories like Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Werte, Bank-Aktien, etc.

Table with columns for various stock categories like Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Werte, Bank-Aktien, etc.

Table with columns for various stock categories like Eisenbahn-Aktien, Schiffahrts-Werte, Bank-Aktien, etc.

